

A n t r a g

der Fraktion der CDU

Förderkonzept Kindertagespflege

1. Der Landtag spricht sich gegen Maßnahmen aus, die – wie die Pläne des Bundesfinanzministers zur Einschränkung der Steuerfreiheit für öffentliche Geldleistungen zur Förderung der Kindertagespflege nach § 23 SGB VIII – dazu führen können, die finanzielle Situation von Tagespflegekräften zu verschlechtern, und fordert die Landesregierung auf, im Sinne dieses politischen Willens des Landtags zu agieren.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,
 - a) ein Konzept zur gleichberechtigten Förderung der Kindertagespflege in Form von Regelzuschüssen zu den Personalkosten nach dem Vorbild der Förderung der institutionellen Kinderbetreuung vorzulegen, wodurch die konditionierte Förderung über einen Betreuungsbonus für einen Teil der Kinder abgelöst wird,
 - b) eine Regelung im Sinne von § 43 Abs. 4 SGB VIII zu schaffen, wonach die Erlaubnis zur Kindertagespflege auch für weniger als fünf Kinder erteilt werden kann,
 - c) klarzustellen, wodurch Tagespflegepersonen ihre Geeignetheit im Sinne von § 23 Abs. 3 SGB VIII auch in anderer Weise nachweisen können,
 - d) die Erbringung von Kindertagespflege gemäß § 22 Abs. 1 SGB VIII über die bisherige Regelung des Kindertagesstättengesetzes hinaus auch in anderen Räumen als im Haushalt der Tagespflegeperson oder im Haushalt des oder der Personensorgeberechtigten zuzulassen und
 - e) Modellversuche zu konzipieren zur intensiveren Kooperation von Tagespflegestellen und institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen.

Begründung:

Der Ausbau der Betreuung für Kinder im Alter von unter drei Jahren, der jetzt bundesweit vereinbart worden ist, wird mit von einem verstärkten Angebot der Kindertagespflege getragen werden. Damit der Ausbau bedarfsgerecht gelingt, muss die Kindertagespflege als Tätigkeit und Leistung attraktiv sein. Ihr Stellenwert in einem Netz der Kinderbetreuung muss gestärkt werden. Die Angebote müssen flexibel sein. Die Praxis muss unbürokratisch organisiert werden. Der besonderen Bedeutung des ländlichen Raums ist Rechnung zu tragen. Dem dient die vorliegende Initiative, die sich aus den Resultaten der Großen Anfrage der Fraktion der CDU zur aktuellen Situation in der Tagespflege in Rheinland-Pfalz (Drucksachen 15/1272/1365) ergibt. Die Landesregierung ist der Bedeutung der Kindertagespflege bisher politisch nicht gerecht geworden. Das muss geändert werden.

Für die Fraktion:
Hans-Josef Bracht

